

Paweł Samuś (Łódź)

Die politischen Aktivitäten der polnischen Kommunisten im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) in den Jahren 1921-1924

Die kommunistische Partei in Polen entstand als eine der ersten der Welt; sie wurde in Warschau am 16. Dezember 1918 gegründet.¹ Im Gegensatz zu vielen anderen kommunistischen Parteien entstand die KPP nicht als Folge einer Spaltung der sozialdemokratischen Partei, sondern als Ergebnis einer Vereinigung von zwei Parteien mit international-revolutionärem Programm: der Sozialdemokratie des Königreichs Polens und Litauens (Socjaldemocracja Królestwa Polskiego i Litwy - SDKPiL) und der Sozialistischen Polnischen Partei-Linken (Polska Partia Socjalistyczna-Lewica - PPS-L). Diese beiden Parteien gehörten der II. Internationale an, ihre Vertreter nahmen an der sogenannten Zimmerwald-Konferenz während des Ersten Weltkrieges teil, und später beteiligten sich viele ihrer Funktionäre aktiv an der Oktoberrevolution in Rußland.

In der Geschichte der Beziehungen zwischen der KPP und dem EKKI können wir, wie Feliks Tych zurecht aufzeigt², drei Abschnitte unterscheiden. Der erste Abschnitt umfaßt die Jahre 1919-1921, als die Kontakte zwischen der KPP und der Komintern vor allem deklarativen Charakter hatten, die eine Manifestation von einer Art "Glaubensbekenntnis" (wyznanie wiary) vor dem Hintergrund der fehlenden Kommunikationsverbindungen infolge des polnisch-sowjetischen Krieges darstellten. Im zweiten Abschnitt (1921-1924) nahm die KPP an der Arbeit innerhalb der KI teil, behielt aber dennoch eine relativ große Autonomie in programmatischen und taktischen Angelegenheiten sowie in den Entscheidungen über die Besetzung von Führungspositionen in der Partei. Diesem Abschnitt ist der vorliegende Aufsatz gewidmet. Der dritte Abschnitt (1924-1938) begann nach dem 5. Kongreß der KI, als die Eingriffe der Kominternführung in die inneren Angelegenheiten deutlich zunahmen und zeitweise in ein Diktat übergingen, und endete mit der Auflösung der KPP 1938.

Die Führung der KPP, die von dem bevorstehenden Ausbruch der sozialistischen Revolution in den europäischen Ländern, vor allem in Deutschland, überzeugt war, deklarierte bereits zu Beginn des Gründungsparteitages ihrer Partei den Beitritt zur III. Internationale, die gerade in einer solchen Situation entstehen sollte.³

1 Auf der Gründungskonferenz wurde ihr die Bezeichnung Kommunistische Arbeiterpartei Polens gegeben. 1925 wurde sie zur Kommunistischen Partei Polens umbenannt (im weiteren KPP - die im Text verwendete Abkürzung gilt für den gesamten Zeitraum ihres Bestehens).

2 Tych, Feliks: Between Moscow and Berlin, The Communist Party of Poland, in: Rojahn, Jürgen (Hrsg.): The Communist International and its National Sections 1919-1943 (i.D.).

3 Świetlikowa, Franciszka: Komunistyczny Partii Robotniczy Polski 1918-1923, Warschau 1968, S. 112; Protokoły kongresow Komunistycznego Internacjonalna, Pierwiy Kongress Kominterna, Moskau 1933,

Auf dem Gründungskongreß der KI in Moskau (2. - 6. März 1919) war der offizielle Delegierte der KPP Józef Unszlicht. Er unterstützte Lenins Antrag auf eine sofortige Konstituierung der KI. Im weiteren polemisierte er mit dem Delegierten der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Hugo Eberlein, der die Gründung einer III. Internationale in der damaligen Situation als verfrüht ansah.⁴ Unszlicht vertrat genauer genommen nur die polnischen Kommunisten, die sich in der russischen Sowjetunion aufhielten. Er selbst, der bis vor kurzem einer der Führer der SDKPiL gewesen war, erfüllte, ähnlich wie seine anderen Parteigenossen, eine wichtige Funktion in den Organen des sowjetischen Machtapparates. Währenddessen erklärte die KPP in Polen, die durch die Front von Rußland getrennt war, erst im Juni 1919 offiziell ihren Beitritt zur KI.⁵

Im Mai 1920 wurde Julian Marchlewski, der sich damals gleichfalls in Rußland aufhielt, der Vertreter der KPP in der KI. Er leitete auch die Arbeiten einer Kommission, die ein Agrarprogramm der Komintern vorbereitete. Gleichzeitig war er auch der einzige offizielle Vertreter der KPP auf dem 2. Kongreß der Komintern (19. Juli - 7. August 1920), da die polnische Partei aufgrund des polnisch-sowjetischen Krieges von der III. Internationale abgeschnitten war. Seit Februar 1921 war Henryk Walecki, der zu jener Zeit als Mitglied der für auswärtige Angelegenheiten zuständigen Führungsgruppe der polnischen Partei in der Emigration lebte, der KPP-Vertreter in der Komintern. In der Vergangenheit hatte er zu den Führern der PPS-L gehört.⁶

Erst zum 3. Kongreß der KI (22. Juni - 12. Juli 1921) kam eine große Gruppe polnischer Kommunisten nach Moskau. Sie setzte sich aus 20 Personen zusammen, unter ihnen befanden sich einige Führer und führende Funktionäre der KPP. Auf dem 3. Kongreß der Komintern war das Hauptmotto "die Gewinnung der Massen". Der Kongreß verurteilte radikale Tendenzen in der internationalen kommunistischen Bewegung.

In den Diskussionen über die Thesen zur Taktik der Komintern und auch auf den Sitzungen der polnischen Delegierten blieben die KPP-Vertreter nicht bis zum Schluß konsequent. Einige von ihnen (z.B. Walecki, Stefan Królikowski) waren mehr aus Angst vor einer Spaltung in der Komintern bereit, sich für die Annahme der Thesen auszusprechen; die Mehrheit jedoch forderte eine Überarbeitung der Thesen. So schlug auch Adolf Warski, der in der Diskussion Lenin in seinem Kampf mit den Ultralinken unterstützte, in der Schlußfolgerung seiner Rede im Namen der polnischen Delegation Verbesserungen vor. Ähnlich verfuhr Henryk Lauer, nach dessen Meinung die Gefahr der ultralinken Abweichung überbewertet wurde. Die polnische Delegation (Walecki, Warski, Lauer, Juliusz Rydygier, Wacław Kwiatkowski) nahm zusammen mit den Vertretern der deutschen, tschechischen, ungarischen und italieni-

S. 253-256; Degras, Jane (Hrsg.): *The Communist International 1919-1943, Documents*, Vol. 1, 1919-1922, London/New York/Toronto 1956, S. 1-5. Außerdem liegen die Protokolle der KI auch in deutscher Sprache vor.

4 Wystąpienie przedstawiciela KPRP Józefa Unszlichta na I kongresie Międzynarodówki Komunistycznej, in: *Z pola walki* 1969, Nr. 2, S. 125-129.

5 Świetlikowa, Franciszka: *Komunistyczny Partia Robotniczy Polski 1918-1923*, Warschau 1968, S. 112.

6 Dejatalnost' Ispolnitelnogo Komiteta i Prezidiuma IK Kommunisticheskogo Internacionala ot 13 ijula 1921 goda do 1 fevrala 1922 goga, Petrograd 1922, S. 5-6; Kancewicz, Jan (Hrsg.): *Maksymilian Horwitz-Henryk Walecki, Biobibliografia*, in: *Z pola walki* 1958, Nr. 4, S. 253; Tych, Feliks/Schumacher, Horst: *Julian Marchlewski*, Warschau 1966, S. 319-324.

schen Delegationen (11. Juli) an einem Treffen mit Lenin teil, auf dem Lenin die Opponenten von der Notwendigkeit der Annahme der elastischen und behutsamen Taktik durch die Komintern überzeugte. Letztendlich sprachen sich die polnischen Kommunisten grundsätzlich für die taktische Linie aus, die vom 3. Kongreß der KI beschlossen wurde.⁷

Der 3. Kongreß verabschiedete auch die Forderungen nach einer Reorganisation der Führungspositionen in der Komintern und nach der Erweiterung ihrer Zusammensetzung. Diese Veränderungen kamen den KPP-Funktionären entgegen, die nach der Isolationsphase von der Komintern einen Ausbau der Kontakte und eine Intensivierung der Verbindungen mit ihr anstrebten. Bekanntlich wurde die Organisationsstruktur der III. Internationalen auf ihrem Gründungskongreß nicht bestimmt, es wurde lediglich das sogenannte Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationalen (EKKI) gebildet. Dieses Organ setzte sich aus den Vertretern derjenigen Parteien zusammen, die am Gründungskongreß teilgenommen hatten. Auf dem 2. Kongreß wurden hingegen die ideologischen und organisatorischen Grundsätze für die kommunistischen Parteien sowie die Bedingungen ihrer Zugehörigkeit zur Komintern (die sogenannten 21 Bedingungen) beschlossen. Auf ihm wurde auch das Statut der KI angenommen, das die Organisationsstruktur der KI gemäß dem Grundsatz des Zentralismus festlegte. Aus dem Dokument geht hervor, daß die Komintern eine "einheitliche, die ganze Welt umspannende kommunistische Partei" sein sollte, "deren einzelne Sektionen die in jedem Land tätigen Parteien sind".⁸ Dennoch sollte es sich um eine Organisation handeln, die im Vergleich mit der II. Internationale auf anderen Grundsätzen aufgebaut sein und nach anderen Mechanismen funktionieren sollte. Der Aufbauprozeß solcher Strukturen und Funktionsmechanismen dieser revolutionären und zentralisierten Organisation von globalem Ausmaß dauerte jedoch noch einige Jahre. Nahezu von Anfang an erregten einige Aufbaugrundsätze und taktische Richtlinien Vorbehalte bei den Funktionären der westeuropäischen Parteien, die der Komintern beitraten. Bereits auf dem 2. Kongreß lösten jene Punkte der "21 Bedingungen" eine heftige Polemik aus, in denen von der notwendigen Anerkennung der Formel von der Diktatur des Proletariats als dem programmatischen Kardinalgrundsatz und von der fernung der Reformisten und Zentristen aus den Führungspositionen in der Arbeiterbewegung durch die Mitgliederparteien die Rede war.

Im Statut erkannte die Komintern den Weltkongreß der Mitgliederparteien als die wichtigste Instanz an. Zwischen den Kongressen sollte das EKKI das Führungsorgan sein, das auf dem Kongreß gewählt wurde und ihm verantwortlich war. Anfänglich delegierten jedoch die einzelnen Parteien ihre Vertreter in das EKKI, formale Wahlen fanden erst 1922 statt. Die zahlenmäßige Zusammensetzung dieses Komitees wechselte häufig. Auf dem 2. Kongreß wurde das EKKI aus den Vertretern der 20 Parteien und Mitgliederorganisationen gebildet. Auf dem folgenden 3. Kongreß wurde der Beschluß gefaßt, die zahlenmäßige Zusammensetzung des EKKI zu erweitern und in ihm die Vertreter aller vereinigten Parteien und Organisationen aufzunehmen. Weitere Veränderungen erfolgten auf dem 4. Kongreß (1922), als der

7 Tretij vsemirnyj kongress Kommunističeskogo Internacionala. Stenografičeskij otčet, Petrograd 1922. S. 111-112, 246, 275; Nevolina, Velmira: "III kongress Kominterna i Kommunističeskaja Rabočaja Partia Polshi" in: Tretij kongress Kominterna, Razvitie kongressom političeskoj linii kommunističeskogo dvizhenia, Moskau 1975, S. 512-520.

8 Protokoly kongressov Kommunističeskogo Internacionala, Vtoroj kongress Kominterna VII-VIII 1920. Moskau 1934, S. 536.

Vorsitzende des EKKI, die 24 Mitglieder und ihre 10 Stellvertreter gewählt wurden. In den folgenden Jahren vergrößerte sich das EKKI erheblich.⁹

Zu den Pflichten dieses Organs gehörte die gesamte Führung der Kominternaktivitäten und die Koordinierung der Tätigkeiten der einzelnen Sektionen. Das EKKI besaß gemäß dem Statut Kontrollfunktionen gegenüber den Mitgliederparteien bezüglich der Organisationsdisziplin und hinsichtlich der Verwirklichung der vom Kongreß festgelegten taktischen Linie. Die Kontrollkompetenzen und die Zentralisierungsrolle des EKKI gegenüber den kommunistischen Parteien vergrößerten sich mit der Zeit, was seinen Niederschlag in den auf dem 5. (1924) und 6. (1928) Kongreß der KI angenommenen Statuten fand. Gemäß der Resolution des 3. Kongresses stellte der sogenannte Grundsatz von der Versetzung der Funktionäre, d.h. der Austausch von Führungskadern zwischen den Sektionen, eine spezifische Regel in der Kominternpraxis dar.

Das EKKI war in Übereinstimmung mit dem Statut zur Entsendung ihrer Vertreter zu den einzelnen kommunistischen Parteien befugt. Von Anfang an wurde davon auch Gebrauch gemacht. Die Bevollmächtigten des EKKI wurden zwar einerseits zur engen Zusammenarbeit mit den Zentralkomitees der Parteien verpflichtet, andererseits konnten sie nur von der Kominternführung zur Rechenschaft gezogen werden. Jene Gesandte, unter ihnen auch einige polnische Kommunisten, die in viele Länder delegiert wurden, spielten dort eine große Rolle beim Aufbau von kommunistischen Parteien und ihren Aktivitäten, wobei sie hin und wieder mit den Führern der einzelnen kommunistischen Organisationen in Konflikt gerieten.¹⁰

Die Struktur der Komintern und ihre Funktionsgrundsätze stützten sich auf das Modell der Kommunistischen Partei Rußlands (KPR). Von Anfang an spielten auch russische Funktionäre in den Führungspositionen der Komintern - selbst in den einzelnen Bezeichnungen spiegelte sich das Vorbild der bolschewistischen Partei wieder - eine dominierende Rolle. Dies war teilweise durch die großen Kaderprobleme der neuen Internationale selbst bedingt, die eine bestimmte Zeit lang von der Welt durch die Blockade und durch den Bürgerkrieg abgeschnitten war. Der Hauptgrund liegt jedoch vor allem im sogenannten konsequenten Bolschewisierungsprozeß der Komintern.¹¹ In der III. Internationale gewann immer mehr eine Tendenz an Boden, die Erfahrungen der größten Sektion, d.h. der KPR, und ihre politischen und organisatorischen Konzepte als für die gesamte internationale kommunistische Bewegung gültige Lösungen anzuerkennen. Für viele schien dies die natürliche Konsequenz der bestehenden Situation gewesen zu sein, da nämlich bis zu jener Zeit lediglich die Bolschewiki Erfolge aufweisen konnten, während gleichzeitig alle Versuche revolutionärer Auftritte im Westen mit Niederlagen endeten. Der Erfolg der Bolschewiki im November 1917 und der Aufbau

9 Biulleten IV kongressa Kommunisticheskogo Internacionala, 1922, Nr. 32, S. 32; Fourth Congress of the Communist International, Abridged Report of Meetings held at Petrograd and Moscow Nov. 7 - Dec. 3 1922, London 1923, S. 295; Dejatelnost' Ispolnitelnogo Komiteta, S. 5-7; Degras, Jane (Hrsg.): The Communist International, Bd. 1, S. 436-442; Kahan, Vilem: The Communist International 1919-1943, The personnel of its highest bodies, in: International Review of Social History, 1976, Nr. 2, S. 151-169.

10 Tezisy i rezolucii III kongressa Kommunisticheskogo Internacionala, Moskau 1921, S. 55; V Vsemirnyj kongress Komintern, Stenograficheskij otchet, Bd. 2, Moskau/Leningrad 1925, S. 91-92; VI kongress Komintern, Stenograficheskij otchet, Bd. 6, Moskau/Leningrad 1929, S. 164-165.

11 Vgl. Lazitch, Branko/Drachkovitch, Milorad M.: Lenin and the Comintern, Bd. 1, Stanford 1972, S. 140-144; Gruber, Helmut: International Communism in the Era of Lenin. A documentary history, Ithaca, N.Y. 1967, S. 13-15, 277-279.

eines sowjetischen Staates wurde als Argument anerkannt, das die Richtigkeit der Thesen Lenins von der führenden Rolle einer zentralistischen kommunistischen Partei bei der Erlangung und der Aufrechterhaltung der Macht bestätigte.

Um die Nachteile und die Schwächen der II. Internationale zu vermeiden, vor allem ihre Unfähigkeit zum erfolgreichen Handeln, wurde die Struktur der Komintern nach dem Modell der zentralistischen bolschewistischen Partei geschaffen. Deswegen wurde auch das EKKI als eine Art Kommandostab der Weltrevolution ins Leben gerufen, das mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet war, über einen Apparat von Berufsrevolutionären und über finanzielle Mittel verfügte, die für die revolutionäre Tätigkeit bestimmt waren. Der Hegemonieausbau der KPR-Funktionäre in der Komintern führte zur Einrichtung ihrer Zentrale in Moskau. Die Konsequenz einer solchen Situation war einerseits die mit der Zeit fortschreitende, auch materielle Abhängigkeit von der KPR und vom sowjetischen Staat - besonders jener Parteifunktionäre, wie die der polnischen Partei, die in ihrer Heimat nicht legal tätig sein konnten - und andererseits auch die Gefahr einer direkten Einflußnahme auf die Komintern nicht nur infolge von Führungswechseln in der bolschewistischen Partei, sondern auch infolge von Veränderungen in den politischen Richtlinien dieser Partei.

Die Funktionäre der westeuropäischen kommunistischen Parteien hatten gegenüber der Kominternführung gewisse Vorbehalte sowohl bezüglich der Art und Weise als auch des Tempos bei der Realisierung des Grundsatzes vom "demokratischen Zentralismus" und ferner hinsichtlich der Interpretation dieses Grundsatzes allein im Geiste des Bolschewismus. Sie protestierten gegen die großen Kontrollkompetenzen des EKKI und ihrer Bevollmächtigten gegenüber den nationalen Sektionen der Komintern, d.h. gegen Kompetenzen, die in der Praxis die offene Einnischung in innere Angelegenheiten der einzelnen Parteien förderten. Sie protestierten auch gegen die Ignoranz seitens der Komintern bezüglich der Traditionen und spezifischen historischen Bedingungen in den einzelnen Ländern. Dies waren auch die Gründe, die z.B. zum Konflikt zwischen dem EKKI und der norwegischen Arbeiterpartei in den Jahren 1922/23 und letztendlich zum Bruch der Mehrheit dieser Partei mit der Komintern führten.¹²

Schon bald kam es auch zu Konflikten zwischen dem EKKI und der Führung der polnischen Partei. Davon konnte jedoch unmittelbar nach dem 3. Kongreß der KI noch keine Rede sein. Im Gegenteil, damals strebten die polnischen Funktionäre eine Erweiterung und Intensivierung der Kontakte mit der Komintern an, von der sie vorher abgeschnitten waren.

Anfänglich vertraute die KPP-Führung ihr Mandat im EKKI Stefan Królikowski an. Er verblieb jedoch nicht lange auf diesem Posten, schon bald übertrug die polnische Kongreßdelegation diese Funktion Edward Próchniak.¹³ Die endgültige Entscheidung über die Vergabe des Vertretermandats der Partei im EKKI mußte das ZK der KPP nach der Rückkehr der KPP-Delegation nach Polen fällen.¹⁴

12 Ispolnitelnyj Komitet Kommunisticheskogo Internationala, Plenum VI 1923, Otchet, Moskau 1923, passim; Lorenz, Einhart: Norwegische Arbeiterbewegung und Kommunistische Internationale 1919-1930, Untersuchung zur Politik der norwegischen Sektion der Kommunistischen Internationale, Oslo 1978.

13 Vgl. Lazitch, Branko/Drachkovitch, Milorad M.: Biographical Dictionary of the Comintern, Stanford 1973.

14 Nevolina, Velmira: Miedzynarodówka Komunistyczna i rewolucyjna współpraca RKP(b) z Komunistyczna Paria Robotnicza Polski (1918-1923), in: Polska-ZSRR, Bd. 1, Warschau 1977, S. 408-409.

Edward Próchniak begann unverzüglich nach seiner Nominierung mit der Wahrnehmung der ihm übertragenen Verpflichtungen. Bereits ab dem 27. Juli nahm er an den Sitzungen des EKKI teil und repräsentierte am 4. August zusammen mit Henryk Lauer die polnische Partei in den Sitzungen des Exekutivbüros der Roten Internationalen der Gewerkschaften. Im August bereitete er für das EKKI den ersten Tätigkeitsbericht der KPP in Polen vor.¹⁵ Gleichzeitig begann er auch mit der Organisierung der Parteivertretung im EKKI.

Die Struktur und die Funktionen dieses Organs bildeten sich erst allmählich. Sein Apparat setzte sich zusammen aus einer Führungszelle ("Sektion"), die ihren Sitz in Moskau hatte sowie aus drei Zellen, die in der Nähe der polnisch-sowjetischen Grenze verteilt waren. Zu den Aufgaben der Parteivertretung gehörte zum einen die systematische Versorgung der Kominternführungsinstanzen mit Informationen über die revolutionäre Bewegung und über die gesellschaftlich-politische Situation in Polen sowie die Übermittlung eines bestimmten Teils des Informationsservice an die russische Presse und zum anderen die Wahrnehmung der Verbindungs- und Übermittlungsfunktion für Informationen und Ratschläge des EKKI an das ZK der KPP. Der Parteivertretung beim EKKI unterstand auch die Verwaltung der finanziellen Angelegenheiten.¹⁶ Das Statut der Komintern verpflichtete zwar die einzelnen Sektionen zur Zahlung von Mitgliedsbeiträgen an die KI, doch in der Praxis sah es ganz anders aus, vor allem wenn es um illegale Parteien ging. Solche Parteien, zu denen auch die KPP gehörte, benötigten selbst finanzielle Hilfe. Aus diesem Grunde überwies das EKKI, das vorwiegend durch die russische Partei finanziell unterstützt wurde, entsprechende Mittel über die Parteivertretung an die jeweiligen Parteiführungen, in diesem Fall der polnischen Partei, zu ihrer Disposition. Zwangsläufig bildete sich mit der Zeit auch in diesem Bereich ein Abhängigkeitsverhältnis der einzelnen Parteien, vor allem der in ihrer Heimat illegal tätigen, von der Kominternführung und somit auch mittelbar von der KPR heraus.

Auf ihrer Sitzung vom 5. September 1921 nominierte das ZK der KPP offiziell Henryk Walecki als Parteivertreter beim EKKI und Edward Próchniak als seinen Stellvertreter. Auf der selben Sitzung wurde auch der Beschluß gefaßt, daß in Waleckis Abwesenheit Próchniak die polnische Partei mit bindendem Stimm- und Unterzeichnungsrecht im EKKI vertreten wird.¹⁷ Walecki war auch tatsächlich mit der Arbeit in vielen Kommissionen des EKKI betraut; so wurde er auch in die internationale Kontrollkommission und später ins Präsidium des EKKI (März 1922) gewählt. Er reiste zudem oft als Bevollmächtigter des EKKI zu westlichen kommunistischen Parteien - im Oktober 1921 zum Parteitag der italienischen sozialistischen Partei nach Mailand, im Dezember nach Marseille zum Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs, und im Sommer 1922 begab er sich für längere Zeit nach Nordamerika mit der Absicht, die Spaltung der kommunistischen Partei zu verhindern.¹⁸ In dieser Situation nahm Próchniak fast von Anfang an die faktische Funktion des polnischen Parteivertreters beim EKKI ein und wurde zwangsläufig gemäß Beschluß vom 3. Kongreß der Komintern auch Mitglied dieser Instanz.

15 Archiwum Akt Nowych w Warszawie (weiter AAN), Miedzynarodówka Komunistyczna (weiter MK) 151/VII-1/1, S. 5-11, 151/VII-4/1, S. 3; *Dejatelnost' Ispolnitelnogo Komiteta*, S. 9, 39.

16 AAN, Komunistyczna Partia Polski (weiter KPP), Mikrofilm 1/1; Nevolina, Velmira: *Miedzynarodówka Komunistyczna*, S. 408.

17 AAN, KPP Mikrofilm 1/1, Der Brief vom ZK der KPP an das EKKI vom 6.9.1922.

18 Kancewicz, Jan (Hrsg.): Maksymilian Horwitz, S. 253-255.

Próchniak und Walecki sammelten, ähnlich wie die Vertreter der bolschewistischen Partei vor 1917, revolutionäre Erfahrungen in den Reihen der Organisationen, die im zaristischen Staat im Untergrund tätig waren, wobei sich diese Erfahrungen wesentlich von denjenigen unterschieden, welche die Funktionäre legaler sozialdemokratischer Parteien in den westlichen Ländern aufweisen konnten.

Unter den Mitgliedern des damaligen EKKI stellten die Vertreter der polnischen Partei zusammen mit einigen Kommunisten aus anderen Ländern eine kleine Gruppe nicht-russischer Funktionäre dar, die praktische Erfahrungen aus den zwei russischen Revolutionen von 1905 und 1917 einbrachten. Zu der Gruppe, die an den Ereignissen von 1917 teilnahm, gehörten neben den polnischen Funktionären unter anderem Belá Kun und Mátyas Rákosi (ungarische Partei) und Alois Muna (tschechische Partei). Darüber hinaus gehörte Próchniak zu einer Gruppe von Funktionären (z.B. Kun, János Lekai, Rákosi in der ungarischen Regierung, Otto Kuusinen, Kullervo Manner und Yrjö Sirola in der finnischen, Hans Pöggelmann in der estnischen, Peter Stuczka in der lettischen und Zigmás Angaretis in der litauischen), die in revolutionären Regierungen saßen, die für kurze Zeit in Ländern Ostmitteleuropas in den Jahren 1918-1920 existierten.

Unter den Mitgliedern der führenden Kominterninstanzen überwogen in der hier in Frage kommenden Zeit die Vertreter der sogenannten Intelligentsia. In der Regel waren es Leute mit Abitur, mit Universitätsabschlüssen, einige mit Fachhochschulabschlüssen oder abgebrochenem Hochschulstudium, einige besaßen auch einen akademischen Doktorgrad (z.B. Sima Markovic, Ernst Meyer, Walecki). Unter ihnen befanden sich Ökonomen, Juristen, Ingenieure, Journalisten, Lehrer, ein ehemaliger protestantischer Pastor (Jules Humbert-Droz), Maler und Beamte. Im Gegensatz dazu gehörte Próchniak, der zweite Vertreter der polnischen Partei, einer einige Dutzend zählenden Gruppe von Funktionären mit proletarischer Herkunft an, die als Arbeiter oder in ähnlichen Berufen gearbeitet hatten, bevor sie sich ganz der revolutionären Tätigkeit widmeten. Ähnlich wie er waren auch die anderen Autodidakten (z.B. Thomas Bell, Heinrich Brandler, Fritz Heckert, Karl Kilbom, Arthur MacManus, Robert Stewart), die führende Positionen in ihren Parteien innehatten und manchmal sogar typisch "intellektuelle" Funktionen ausübten, wie z.B. Redakteure der Parteipresse.¹⁹

Das am 13. Juli 1921 konstituierte EKKI trat gewöhnlich ein paar Mal im Monat zusammen. Die Vertreter der KPP beteiligten sich aktiv in dieser Instanz. Ab dem 11. Juni 1922 nahm Próchniak an 17 Sitzungen sowie an einem Präsidiumstreffen des EKKI teil. Im Gegensatz dazu war Walecki, der oft in Missionen zu westlichen kommunistischen Parteien unterwegs war, bei vier Sitzungen des EKKI und an sieben Präsidiumstreffen anwesend.²⁰

Eine wichtige Rolle innerhalb der Komintern spielten die erweiterten Plenen des EKKI, die zwischen den Kongressen zur Beschlußfassung in besonders wichtigen Fragen einberufen wurden. Außer den Mitgliedern des EKKI nahmen an ihnen auch Delegierte der einzelnen kommunistischen Parteien teil. Auf dem 1. Erweiterten Plenum des EKKI (21. Februar - 4.

19 Lazitch, Branko/Drachkovitch, Milorad M.: *Biographical Dictionary of the Comintern*, Stanford 1973; Kahan, Vilem: *The Communist International 1919-1943*, S. 151-169; 5 let Kominterna v reshenijach i cifrach, sostavil A. Tivel, Moskau 1924, S. 42-45.; 10 let Kominterna v resheniach i cifrach, sostavil A. Tivel, M. Cheimo, Moskau 1929, S. 307.

20 *Dejatelnost' Ispolitel'nogo Komiteta*, passim: Bericht über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutiv- der Kommunistischen Internationalen für die Zeit vom 6. März bis 11. Juni 1922, Hamburg 1922.

März 1922) wurde die polnische Partei von Próchniak und Walecki, Adam Landy und Julian Brun repräsentiert. Auf den ersten Plenarsitzungen wurden einige Problemkommissionen gebildet, darunter auch die Kommission "Polen". Sie setzte sich aus den beiden Antragstellern, Grigorij Sinowjew und Karl Radek, den Mitgliedern der polnischen Delegation sowie Vertretern anderer Parteien zusammen. Sinowjew und Radek versuchten erfolglos, die polnischen Delegierten davon zu überzeugen, daß in den Plenarsitzungen die dogmatische Linie des KPP-Programms in nationalen und Agrarfragen diskutiert werden sollte, um dadurch die Programmänderungen im Geiste der leninistischen Formel zu beschleunigen. Die KPP, die in ihrem Streben nach einer internationalen sozialistischen Revolution von Anfang an den widerentstandenen polnischen Staat nicht akzeptierte, erkannte die bürgerliche Staatlichkeit als ein Hindernis auf dem Weg zum Umsturz, sie verwarf auch Postulate, die von indirekten Kampfphasen und Kampfformen bei demokratischen Veränderungen im politischen und sozialen Bereich in Polen ausgingen. Die KPP hielt auch am traditionellen Programm der SDKPiL in der Agrarfrage fest, indem sie lediglich an dem landwirtschaftlichen Proletariat Interesse zeigte und die Vergesellschaftung der gesamten Landwirtschaft forderte. Die polnischen Delegierten nahmen weder die Bildung einer solchen Kommission noch den Vorschlag, über diese Probleme auf der Plenarsitzung zu diskutieren, mit Begeisterung auf. Sie sahen diese Schritte als verfrüht an, weil die Angelegenheit, die strittig war, ihrer Meinung nach erst in der KPP selbst vorbereitet werden mußte.

Einheitsfront

Das wichtigste Thema auf dem 1. Erweiterten Plenum des EKKI war die Frage nach der Einheitsfront in der internationalen Arbeiterbewegung. In den von dieser Instanz vorgelegten Thesen war die Rede von einer möglichen Verständigung zwischen den Kommunisten auf der einen und den Führern der sozialdemokratischen Parteien und den Gewerkschaften, die in der Amsterdamer Internationale vereinigt waren, auf der anderen Seite hinsichtlich einer Zusammenarbeit in der Einheitsfront im Kampf des Proletariats gegen die Kapitalisten. Die polnische Delegation verwies auf die spezifischen polnischen Bedingungen und die Schwierigkeiten bei der Realisierung dieser Taktik, dennoch sprach sie sich für die Annahme der vom EKKI diesbezüglich vorgeschlagenen Resolution aus. Trotz des Einspruchs der ultralinken Funktionäre (italienische, spanische und Teile der französischen Delegation) nahm das Plenum einen diese Thesen bestätigenden Beschluß mit Stimmenmehrheit an. Es wurde auch die Entscheidung getroffen, an der geplanten Konferenz der drei Internationalen (III.; II 1/2. und III.) teilzunehmen, wobei auch vorgeschlagen wurde, die Vertreter aller Gewerkschaften der Welt sowie ihre internationale Vereinigung zu diesem Treffen einzuladen.²¹

Auf dem 2. Erweiterten Plenum des EKKI (7.-11. Juni 1922) war Próchniak der KPP-Präsident. Auf der Sitzung wurden die mit der Berliner Konferenz der drei Internationalen zusammenhängenden Probleme besprochen. Daneben kamen aber auch Angelegenheiten anderer Parteien zur Sprache, wobei sehr viel Aufmerksamkeit der Situation in der kommunistischen Partei Frankreichs und der Krise gewidmet wurde, die in dem Verhältnis zwischen

21 AAN, MK 151/VII-4/2, S. 13-14; KPP Mikrofilm 1/2-3, Die Briefe von Próchniak und Walecki an das ZK der KPP in der Zeit Januar-März 1922.

dieser Partei und der Komintern bestand. Das Vorgehen der Komintern-Delegation auf dem Berliner Treffen wurde genehmigt. Ferner wurde entschieden, die Politik der Einheitsfront fortzusetzen. Kritik erfuhren, vor allem von Sinowjew und Radek, die sektiererischen und ultralinken Ansichten, die von Funktionären der italienischen, französischen und tschechischen KP hinsichtlich der Einheitsfront formuliert wurden. Wie Próchniak in seinem Plenumsbericht unterstrich, dominierte nicht nur in den Auftritten der beiden oben erwähnten Redner, sondern während der gesamten Plenarsitzung die Ansicht, daß der Schwerpunkt der Einheitsfront nicht in dem geplanten globalen Arbeiterkongreß zu sehen sei, sondern in konkreten Aktionen des Proletariats in den jeweiligen Ländern.²²

Nach Abschluß der Plenarsitzung tagte noch das Präsidium des EKKI, um über die Aufnahme des Kombund (Jüdischer kommunistischer Arbeiterverband in Polen) in die Komintern zu entscheiden. Diese Organisation entstand nach der Spaltung des Bund (Januar 1922), und in Anbetracht der programmatischen Übereinstimmung mit der KPP schloß der Kombund mit der KPP ein Abkommen über Zusammenarbeit und über die Möglichkeit einer in der Zukunft vorzunehmenden Vereinigung. Einstweilen stellte der Kombund den Antrag auf Aufnahme in die Komintern, wobei gleichzeitig der Wunsch nach Beibehaltung einer eigenen, von der KPP unabhängigen Organisationsstruktur geäußert wurde. Das Präsidium des EKKI nahm den Antrag an. Am selben Tag gab Próchniak im Namen der polnischen Partei eine Erklärung ab, in der er gegen die Entscheidung der Kominternführung protestierte. Er verwies in diesem Dokument darauf, daß die gleichzeitige Existenz von Kombund und KPP unbegründet und für die kommunistische Bewegung unnötig sei. Er war der Meinung, daß die polnische Partei als einheitliche Organisation mit Erfolg den Kampf des gesamten Proletariats in Polen, und somit auch des jüdischen Teils, führen könnte. Sinowjew verteidigte aber noch eine Zeit lang die organisatorische Eigenart des Kombund bei gleichzeitiger Zusammenarbeit mit der KPP, was zur Ausweitung des kommunistischen Einflusses auf die jüdischen Arbeiter beitragen sollte. Letztendlich folgte das EKKI der Einstellung von Próchniak mit der Annahme einer Resolution über die Notwendigkeit einer Vereinigung des Kombund mit der KPP im September 1922.²³

Próchniak nahm anfänglich an den Tagungen der Agrarkommission des EKKI teil (Juli/August 1922). Hier trat er als offizieller Vertreter der KPP auf, später jedoch schlug er dem ZK der KPP vor, diese Funktion gleichzeitig auch Julian Marchlewski anzuvertrauen, der als hervorragender Kenner der Agrarproblematik eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung des Agrarprogramms der Komintern spielen könne. Próchniak unterstrich aber in seiner Korrespondenz, daß er andere Ansichten in der Agrarfrage habe als Marchlewski. Marchlewski hatte nämlich seine früheren Ansichten, in denen er die Vergesellschaftung der Landwirtschaft als Hauptziel der Revolution verteidigte, nicht geändert. Als einzige Abweichung von dieser Orientierung ließ Marchlewski lediglich das Postulat zu, den Großgrundbesitz unter die landlosen und mittleren Bauern aufzuteilen. Letztlich wurde Marchlewski Vorsitzender der Agrarkommission. Próchniak selbst nahm an der Arbeit in dieser Kommission nur während der Debatten über die Thesen der italienischen, französischen, deutschen und polni-

22 AAN, MK 151/VII-4/2, S. 42-43; Bericht über die Tätigkeit des Präsidiums und der Exekutive der Kommunistischen Internationalen, S. 76-77; Degras, Jane (Hrsg.): *The Communist International*, Bd. 1, London 1955, S. 353-359.

23 AAN, MK 151/III/1, S. 1, 151/VII-4/2, S. 4, 12ff, 24ff; 154/VII-4/27, S. 15f, KPP Mikrofilm 1/2, 30.

schen Parteien teil. Auf der Basis einer umfangreichen Dokumentation erarbeitete Próchniak für diese Kommission einen Bericht über die Agrarfrage in Polen und widmete auch der Haltung der KPP in dieser Angelegenheit viel Platz. Er war ein großer Fürsprecher der von Maria Koszutska ausgearbeiteten "Agrarthesen", die er an die Mitglieder der Agrarkommission weiterleitete.²⁴

Die Autorin dieser Thesen, eine hervorragende Funktionärin und Publizistin der späteren PPS, entwickelte sich zur Führungsfigur und Theoretikerin der KPP. Sie gehörte zu den entschiedenen Befürwortern einer Veränderung in der programmatischen und taktischen Linie der Partei.²⁵ Koszutska legte ein Programmprojekt zur Agrarfrage auf dem 3. Kongreß der KPP (10.-13. April 1922) vor. Sie unterstrich in diesem Dokument, daß das Schicksal der sozialistischen Revolution in Polen von der Einstellung der Bauern abhinge, wie in anderen Ländern mit einer ähnlichen Agrarstruktur. Aus diesem Grund formulierte sie auch die Forderung nach der Enteignung der Großgrundbesitzer und der Landaufteilung unter die Bauern, um sie als Verbündete der Arbeiterklasse zu gewinnen. Die Thesen wurden durch die Konferenz aufgrund des Widerstandes der dogmatischen Opposition nicht angenommen, aber sie initiierten innerhalb der Partei eine Diskussion darüber. Auf diesem Forum wurde jedoch die Resolution über die Anwendung der Taktik der Einheitsfront durch die Partei angenommen. Der Konferenzverlauf signalisierte deutlich den Beginn eines programmatischen Evolutionsprozesses in der KPP.

Am 5. November 1922 wurden die Sitzungen des 4. Kongresses der KI in Petrograd feierlich eröffnet und dann einen ganzen Monat lang in Moskau fortgesetzt. An diesem Kongreß nahmen 408 Delegierte teil, die 66 Parteien und Organisationen repräsentierten. Die KPP-Delegation setzte sich aus 20 Vertretern zusammen, die über ein Stimmrecht verfügten. Darüber hinaus nahmen an den Sitzungen des Kongresses und an den Aktivitäten der polnischen Delegation als Gäste ein paar Dutzend polnischer Kommunisten teil, die entweder aus Polen anreisten oder sich in Moskau aufhielten.

Während der Diskussion über den Tätigkeitsbericht des EKKI, den Sinowjew referierte, trat im Namen der KPP Adolf Warski auf, einer der ältesten und hervorragendsten Funktionäre in der Führung der polnischen Partei. Warski knüpfte an die Meinung des Referenten an, daß die polnische Partei mit Erfolg legale und illegale Kampfformen verbinde und erklärte, wie die illegale Partei in Polen eine spezielle legale Organisation geschaffen habe, um an den Parlamentswahlen (November 1922) teilnehmen zu können. Er richtete auch die Aufmerksamkeit auf die in der KPP existierenden Meinungsverschiedenheiten über die Taktik der Einheitsfront. Dabei unterstrich er, daß die ultralinke Orientierung, die seiner Meinung nach die gleiche Einstellung wie die der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands repräsentierte, jene Taktik entschieden ablehne. In den Diskussionen polemisierte gegen ihn ein anderer KPP-Vertreter, Henry Stein-Domski, der darauf bestand, daß die linke Opposition in der polnischen Partei den Charakter einer kommunistischen Linken habe und sich einer bedeutenden Unterstützung in den Parteireihen erfreue.

Als Aktionsrichtung für die nahe Zukunft wurde vom 4. Kongreß der Komintern der Kampf um die alltäglichen Interessen der arbeitenden Massen herausgestellt. Die Beschlüsse

24 AAN, MK 151/III/11, S. 1-50, 151/VII-4/3, S. 1-10; KPP Mikrofilm 443; Der Brief von Próchniak an das ZK der KPP vom 4. Juli 1922.

25 Über Koszutska vgl. Kasprzakowa, Janina: Maria Koszutska, Warschau 1988.

wurden mit Stimmenmehrheit angenommen, obwohl die Gruppe der ultralinken Delegierten, wie Amadeo Bordiga (italienische Partei), Jean Duret (französische Partei), Ruth Fischer (deutsche Partei) und Stein-Domski (polnische Partei), die Taktik der Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Führern im Rahmen der Politik der Einheitsfront und des Slogans von der Arbeiterregierung scharf kritisierten.

Die polnischen Kommunisten Koszutska und Marchlewski spielten eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung des Agrarprogramms, wobei beide Mitglieder der entsprechenden Kommission waren und Koszutska als eine der Referenten in dieser Angelegenheit in der Plenarsitzung zu Wort kam. In diesem Zusammenhang forderte sie auch die Aufnahme von wissenschaftlichen Untersuchungen darüber. Der Kongreß nahm das landwirtschaftliche Aktionsprogramm, in dem die Thesen vdes 2. Kongresses weiter ausgebaut wurden, an. In diesem Programm wurde das revolutionäre Konzept zur Lösung der Agrarfrage auf dem Wege der Konfiszierung des Großgrundbesitzes ohne Entschädigungszahlungen und seine Aufteilung an die Bauern vorgestellt. Dies war auch eines der wichtigsten Elemente, neben der Forderung nach der Organisation einer einheitlichen antiimperialistischen Front durch die Arbeiterbewegung, welche in den Beschlüssen des 4. Kongresses im Kampfprogramm um die nationale Befreiung und um die demokratische Revolution in den Kolonien und halbkolonialen Gebieten entworfen wurde.²⁶

Die KPP-Delegierten waren noch in einigen anderen Kommissionen auf dem Kongreß tätig, z.B. in der Programmkommission (Warski, Franciszek Fiedler), in der Kommission für Gewerkschaftsfragen (Saul Amsterdam-Henrykowski, Landy Jan Paszyn, Próchniak), in der Kommission für Reorganisation des EKKI (Próchniak) und in der Kommission zur Schaffung einer internationalen Organisation zur Unterstützung von Revolutionären (Felix Kon, Marchlewski, Próchniak), in der französischen Kommission (Koszutska, Walecki), in der italienischen Kommission (Walecki, Warski) und in der jugoslawischen Kommission (Próchniak).

Innerhalb der KPP-Delegation entflammte ein Streit über die programmatische Linie der eigenen Partei. Die Position der Befürworter einer ultralinken Orientierung repräsentierte ihr Führer Władysław Kowalski. Bereits früher hatte er die Taktik von der Einheitsfront kritisiert und der Führung der polnischen Partei vorgeworfen, daß sie im Gefolge der Komintern auf das Niveau des Opportunismus herabsinke. Die Komintern sei selbst auf diese Bahn durch die Führer der bolschewistischen Partei, der Neuen Ökonomischen Politik sowie der sowjetischen Diplomatie geraten, die seiner Meinung nach eine Verständigung mit der internationalen Bourgeoisie vermittle, die rechten Führer der Sozialdemokratie anstrebe. Die Ansichten von Kowalski, die nicht ganz zu unrecht die kritische Bewertung der Folgen einer Unterordnung der Komintern unter die Interessen des sowjetischen Staates ausdrückten, wurden von der Mehrheit der Delegierten auf der April-Konferenz der KPP verworfen. Kowalski konnte sich jedoch nicht damit abfinden und trug sein Referat über die Aufgaben und die Taktik der KPP auf dem 4. Kongreß der KI (26. November) in Gegenwart der aus anderen Parteien geladenen Gäste vor. Kowalski kritisierte die Taktik der Einheitsfront, das neue Konzept des Parteiprogramms hinsichtlich der Agrar- und Nationalfrage, warf der KPP-Führung Opportunismus vor und bewertete kritisch die Art und Weise der Teilnahme und das

²⁶ Der vierte Kongreß der Kommunistischen Internationalen, Protokoll Bd. 1 u. 2, Hamburg 1923, passim; Degras, Jane (Hrsg.): *The Communist International*, Bd. 1, S. 374-446.

kommunistische Programm bei den kürzlich stattgefundenen Parlamentswahlen in Polen. Dies interpretierte er als ein sichtbares Zeichen für die Bestrebung, die kommunistische Partei zu legalisieren, und somit als Zeichen für eine Tendenz, sie liquidieren zu wollen. Auf diesem Treffen der polnischen Delegierten polemisierten gegen ihn Warski und Radek.

Zur Untersuchung der von Kowalski vorgebrachten Vorwürfe berief das Präsidium des 4. Kongresses der KI eine polnische Kommission ein. Sie setzte sich zusammen aus: Christo Kabakchiew (Vorsitzender), Eugen Varga, Kuusinen, Radek und Unszticht. Diese Kommission beriet zwei Tage lang (1./2. Dezember). Dabei hörte sie sich sowohl die Argumente von Kowalski und seinen Anhängern, unter denen ihn Stein-Domski am stärksten unterstützte, als auch die Verteidiger der aktuellen Parteipolitik an, in deren Namen Koszutska eine besonders wichtige Rede hielt. Die Kommission erklärte in ihrem Beschluß die Vorwürfe von Kowalski als unbegründet. Sie bewertete seine Ansichten als ultralinks und in Widerspruch zu den verabschiedeten Programmen auf den letzten beiden Kongressen der Komintern; sie verurteilte die sektiererische Haltung der Ultralinken als schädlich für die Partei und benannte die Linie der KPP-Führung als übereinstimmend mit der der Komintern. Diese Entscheidung wurde im Brief des EKKI an die KPP bestätigt.²⁷

Das Mandat der polnischen Partei im EKKI vertraute die KPP-Delegation für die nächste Zeit Próchniak an, dessen Stellvertreterin Koszutska wurde. Am letzten Sitzungstag des Kongresses (5. Dezember) wurde Próchniak in das EKKI gewählt.²⁸ Einige Wochen lang teilten sich Próchniak und Koszutska die Verpflichtungen, die sich aus ihren Funktionen ergaben. Ende Februar 1923 verließ Próchniak für einige Monate Moskau, weil ihn die Parteiführung zur Arbeit in einem ausländischen Zentrum der KPP, in Sopot bei Danzig, delegierte. Nach seiner Abreise repräsentierte Koszutska die polnische Partei im EKKI.

In der umfangreichen Korrespondenz, die Koszutska mit dem ZK der polnischen Partei führte, nahmen die Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung viel Platz ein. Besonders viel Aufmerksamkeit widmete sie den Informationen und Analysen über die Situation in der russischen Partei, an deren Parteitag sie im April (1923) teilnahm, und der deutschen Partei im Zusammenhang mit dem seit Frühjahr 1923 anwachsenden Konflikt zwischen der KPD-Führung und der linken Opposition. In ihren Briefen können wir eine bestimmte Distanz bzw. einen gewissen Zweifel hinsichtlich einiger Entscheidungen des EKKI und eine kritische Einstellung gegenüber den Anzeichen von Willkür im Vorgehen ihrer Funktionäre erkennen. Letztendlich blieb die Autorin aber dem EKKI gegenüber loyal. Im EKKI suchte sie Unterstützung für organisatorische Probleme der polnischen Partei und wandte sich an das EKKI zwecks Beseitigung von Mißverständnissen, die sich im Zusammenhang mit dem Aufenthalt einer Gruppe von polnischen Kommunisten ergaben. Im weiteren bemühte sie sich um die Unterstützung in ihrem Streit mit Henryk Stein-Domski, der ultralinke Ansichten vertrat.²⁹

27 Feder, Teodora: Delegacja KPRP na IV kongresie Międzynarodówki Komunistycznej, W: Z pola walki 1976, Nr. 3, S. 165-171.

28 Pravda v. 6. 12. 1922, S. 2; Der vierte Kongreß der Kommunistischen Internationale, S. 295.

29 Feder, Teodora (Hrsg.): Nie znane listy Marii Koszutskiej z lat 1921-1924, in: Archiwum Ruchu Robotniczego, Bd. 1, Warschau 1973, S. 103-127; Zatorski, Aleksander u.a. (Hrsg.): Korespondencja polityczna Marii Koszutskiej z lat 1922-1929, in: Z pola walki 1965, Nr. 3, S. 129ff; 1965, Nr. 4, S. 130ff.

Auf den Sitzungen des 3. Erweiterten Plenums des EKKI (12./13. August 1923), an dem 26 Vertreter kommunistischer Parteien teilnahmen, wurde die KPP von Koszutska, Władysław Stein-Krajewski, Szczepan Rybacki, Lauer und Warski vertreten.

In den Diskussionen im Anschluß an das Referat von Radek über die politische Situation meldete sich ein Vertreter der KPP, Lauer, zu Wort. In seiner Rede bewertete er die Innen- und Außenpolitik der polnischen Regierung kritisch, gleichzeitig unterstützte er die Losung von der Arbeiter- und Bauernregierung, die vom Plenum als bindend für alle kommunistischen Parteien angenommen wurde. Etwas früher, während der Debatte über das von Sinowjew gehaltene Referat, hielt Stein-Krajewski eine Rede. Er knüpfte an die kritischen Hinweise aus dem Referat über das weiterhin in der KPP gültige alte Parteikonzept zur Agrarfrage an und überzeugte die Zuhörer davon, daß die KPP-Führung den Widerstand der Anhänger jener alten Formel gebrochen habe und daß die Partei eine in Übereinstimmung mit der Linie der Komintern stehende Position einnahm.³⁰

Im Entwicklungsprozeß der KPP-Programmatik hatte der 2. Parteitag eine bahnbrechende Bedeutung, der infolge der Illegalität der kommunistischen Organisation in Polen in Bolszewa bei Moskau stattfand (19. September - 2. Oktober 1923). Daran nahmen 69 Delegierte, Vertreter der Kominternführung (Sinowjew, Radek) und des Profintern, Vertreter der französischen und deutschen kommunistischen Partei sowie andere geladene Gäste teil. Die Teilnehmer dieses Parteitages standen unter dem Eindruck, den die Informationen über die anwachsenden revolutionären Spannungen in Deutschland hervorriefen. In den Referaten, Diskussionen und Beschlüssen wurde die Überzeugung vom baldigen Sieg der deutschen Revolution geäußert, die Hoffnung bei den Teilnehmern des Parteitages auf einen baldigen sozialen Umsturz in Polen weckten, der eine Art Brückenfunktion zwischen der russischen und deutschen Revolution erfüllen sollte. Eine ähnliche Stimmung herrschte damals auch in den anderen kommunistischen Parteien.

Der Parteitag nahm nach kontroversen Diskussionen die neuen Programmrichtlinien mit Stimmenmehrheit an, was zweifelsohne auch in gewissem Grade infolge der Argumentation der beiden Kominternvertreter zustande kam. Das neue Konzept berücksichtigte in hohem Maße die tatsächlich bestehenden Bedingungen in Polen und die realen Möglichkeiten der KPP, obwohl es auch in diesem Programm nicht an Forderungen und Beurteilungen fehlte, die seitens der revolutionären Avantgarde geäußert wurden.

Auf dem Parteitag wurde das Motto vom Kampf um eine Arbeiter- und Bauernregierung formuliert. Die Aufgabe dieser Regierung sollte darin bestehen, grundlegende politische und gesellschaftliche Reformen durchzuführen, um den Weg zum Sozialismus zu ebnen. Es wurde ein Projekt von Koszutska mit Thesen zum Landwirtschaftssektor angenommen und das Motto "Land für die Bauern" vorgebracht. Darüber hinaus wurde das Arbeiter- und Bauernbündnis als eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen erfolgreichen sozialen Umsturz in Polen formuliert. Die Parteitagsbeschlüsse erkannten zum ersten Mal in der Geschichte der KPP den unabhängigen polnischen Staat als positiv für die Arbeiterklasse an. Ihre Aufgabe als Sprecher und als führende Kraft der Nation sollte unter Führung der Kommunisten die Verwirklichung der vollen und beständigen Unabhängigkeit nach dem Sieg der sozialen

30 *Rasshyrenny plenum Ispolitnogo Komiteta Kommunisticheskogo Internacionala 12-23 ijunia 1923 g., Moskau 1923, S. 35,81,135-136.*

Revolution und die Bildung einer europäischen Föderation von sozialistischen Republiken sein.

Der Parteitag erkannte das Recht auf Selbstbestimmung sowohl der polnischen Nation als auch der nationalen Minderheiten an, die in den Grenzen des polnischen Staates wohnten, wobei bezüglich der Weißruthenen und Ukrainer dies als Recht zur Vereinigung mit Weißrußland und der sowjetischen Ukraine verstanden wurde. Der Befreiungskampf dieser nationalen Minderheiten wurde als eine von vielen Antriebskräften der polnischen Revolution betrachtet.³¹

Der 2. Parteitag stellte einen Schritt auf dem Weg aus der Isolation der Partei in Polen dar. Diese war jedoch nur eine kurze Wende in der Geschichte der Kommunistischen Partei.

Nach dem Parteitag kehrte Próchniak in das EKKI zurück, um dort die Funktion des Parteivertreters wahrzunehmen. Sein Stellvertreter wurde Henryk Lauer, Doktor der Mathematik, Gelehrter und Polyglotte, einer der fähigsten Funktionäre und Theoretiker der KPP. Obwohl beide nicht Mitglieder des ZK ihrer Partei waren, spielten sie doch eine außerordentlich wichtige Rolle in der Parteiführung. Sie gehörten zusammen mit Koszutska, Walecki und Warski, die sich auch in Moskau aufhielten, zur Auslandsabteilung des Politbüros des ZK der KPP. Im Herbst 1923 wurde die KPP von einer vierköpfigen Gruppe geführt, die die eigentlichen Schöpfer der neuen Programm- und taktischen Linie der Partei waren. Diese Gruppe wurde hin und wieder als die "4 W" bezeichnet, weil sie sich aus Koszutska (Pseudonym Wera), Walecki, Warski und Próchniak (Pseudonym Weber) zusammensetzte.

In der Zwischenzeit wandelte sich Ende November 1923 in Polen die von Arbeitern und anderen Berufsgruppen initiierte wirtschaftspolitische Streikwelle in einen allgemeinen Streik der Eisenbahner. In Krakau kam es am 6. November zum Kampf zwischen dem bewaffneten Proletariat und Polizei und Militär sowie zu Zusammenstößen mit Ordnungskräften in anderen Städten. Die Gruppe "4 W" war der Meinung, daß die rechtszentristische Regierung von Ministerpräsident Wincenty Witos in verhältnismäßig kurzer Zeit gestürzt werden könne. Diese Regierung konnte sich jedoch zunächst halten und trat erst im Dezember zurück, nachdem die rechtszentristische Koalition im Parlament auseinandergefallen war. Die illegale kommunistische Partei, die zusätzlich durch die kurz zuvor gegen sie durchgeführten Repressionen geschwächt war, sah sich nicht in der Lage, die Aktivitäten zu steuern. Die Führung wurde vor allem durch die Krakauer Ereignisse überrascht. Die räumliche Entfernung der Gruppe "4 W" von Polen wirkte sich in Anbetracht der blitzartigen Entwicklung der Ereignisse auf die von ihren Vertretern geäußerten Ansichten und Bewertungen bezüglich der Richtigkeit und Aktualität aus. Unmittelbar nach Beendigung der stürmischen Ereignisse in Polen bewerteten sie die Situation jedoch wieder recht realistisch. Ihrer Meinung nach konnten lediglich gewisse Anzeichen eines Anstiegs revolutionärer Spannungen konstatiert werden, von einer vorrevolutionären Phase konnte keine Rede sein; deswegen schlugen sie vor, die Taktik der Einheitsfront fortzusetzen.³² Im Gegensatz dazu kritisierten die Führer der

31 Świetlikowa, Franciszka: *Komunistyczny Partia Robotnicza Polski*, S. 279-306; Iwański, Gereon u.a. (Hrsg.): *II Zjazd Komunistycznej Partii Robotniczej Polski (19 IX-2 X 1923)*, *Protokoły obrad i chwały*, Warschau 1968, passim.

32 AAN, MK 151/VII-4/6, S. 1-6, 9-20; Feder, Teodora (Hrsg.): *Adolf Warski, Korespondencja polityczna z lat 1920-1926*, Teil 2, in: *Z pola walki* 1971, Nr. 2, S. 156-158; Zatorski, Aleksander u.a. (Hrsg.): *Korespondencja polityczna Marii Koszutskiej*, Teil 2, in: *Z pola walki* 1965, Nr. 3, S. 149-162.

Opposition in der KPP (Stein-Domski, Julian Leszczyński-Leński) diese Taktik als opportunistisch und bewerteten die polnischen Ereignisse vom Herbst 1923 als Anzeichen einer heranziehenden Revolution.

Ähnlichen Täuschungen unterlagen viele andere Kommunisten, dabei stellten die Krakauer Ereignisse im europäischen Maßstab bereits die letzten Anzeichen einer revolutionären Belebung dar, die vor sechs Jahren durch die russische Revolution begonnen hatte. Der bewaffnete Aufstand in Bulgarien, der durch Kommunisten und linksorientierte Bauernführern organisiert worden war, wurde blutig niedergeschlagen. Mit einer Niederlage endete auch der revolutionäre Versuch der Kommunisten in Deutschland im Oktober 1923.

Die gesamte Komintern verband zweifelsohne mit der deutschen Revolution gewisse Hoffnungen. Das EKKI gewährte der deutschen Partei Unterstützung, und auf der im September 1923 einberufenen Sitzung, an der die Vertreter der russischen, französischen, tschechischen und deutschen Partei teilnahmen, wurde orientierungsweise sogar ein Datum ins Auge gefaßt, an dem der bewaffnete Aufstand in Deutschland beginnen sollte. Auch das September-Plenum des ZK der bolschewistischen Partei kam zum Schluß, daß die Bedingungen für eine siegreiche Revolution in Deutschland gereift seien. Nach der Niederlage begann in der KPD und in der Komintern eine heiße Diskussion über die Bewertung der Ereignisse und über die Ursachen der Niederlage.³³

Die Vertreter der KPP nahmen damals nicht an den Arbeiten in der Deutschland-Kommission teil, die vom EKKI eingerichtet wurde, aber sie verfolgten aufmerksam den Diskussionsverlauf. Próchniak, Koszutska und Lauer nahmen kritisch Stellung zum Inhalt des vom Präsidium des EKKI an die KPD gerichteten Briefes, in dem die Rolle der Partei in den Ereignissen und die Ursachen ihrer Niederlage bewertet wurden. Sie waren der Meinung, daß das Organ der Komintern für die von den deutschen Kommunisten begangenen Fehler mitverantwortlich sei. Das Urteil der Gruppe "4 W" wurde einerseits durch die von der Kominternführung vertretene falsche Meinung, die revolutionäre Situation in Deutschland sei nur zum Schein aufrechterhalten worden³⁴, andererseits durch den Vorschlag, die Taktik der Einheitsfront ändern zu wollen, durch den Abbruch der Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Partei sowie durch die Bekämpfung ihres linken Flügels getragen.³⁵

Auf dem Plenum des ZK der KPP (Dezember 1923) dominierten jene Angelegenheiten, die mit der Situation in der Komintern und in der russischen und deutschen Partei zusammenhingen. In dieser Sache wurde eine zweifelsohne von der Gruppe "4-W" inspirierte Entscheidung getroffen. Es wurde ein Beschluß über die Lage in der russischen und deutschen Partei gefaßt, der in Form eines vertraulichen Briefes mit Datum vom 23. Dezember 1923 an das Präsidium des EKKI und an das Politbüro des ZK der KPR geschickt wurde.

33 Vgl. dazu "Tov. Brandler o polozenii v Germanii", in: Pravda v. 22.9.1923, S. 3; Dva goda borby i raboty, Obzor dejatelnosti Ispolkoma i sekcij Kommunisticheskogo Internacionala za period s IV po V kongressy, Moskau 1924, S. 18-20; Gruda, Helena: Niektóre zagadnienia międzynarodowego ruchu komunistycznego w okresie pomiędzy IV a V kongresem MK (1922-1924), in: Z pola walki 1965, Nr. 4, S. 35-37; Gruber, Helmut: International Communism in the Era of Lenin, S. 434-470.

34 Vgl. Zinoviev, Grigori: Vtoraja volna mezhdunarodnoj revolucii, in: Pravda v. 1.12.1923, S. 1.

35 Zatorski, Aleksander u.a. (Hrsg.): Korespondencja polityczna Marii Koszutskiej, Teil 2, in: Z pola walki 1965, Nr. 3, S. 154.

In diesem Brief wurde im die deutsche Situation betreffenden Teil sowohl der Führung der KPD als auch der Komintern, die die Situation falsch bewertet und letztendlich einen ungeeigneten Aktionsplan ausgearbeitet hatten, für die Niederlage des Proletariats in Deutschland eine Mitschuld zugesprochen. Der Kominternführung wurde die falsche Anwendung von Organisationsmethoden gegenüber der KPD vorgeworfen, d.h. ständige Berufungen ihrer Führer nach Moskau und ihre Belehrungen, was zur Schwächung ihrer Autorität und ihres Verantwortungsbewußtseins führte. Ferner wurde die Politik des Lavierens hinsichtlich der Fraktionskämpfe innerhalb der deutschen Partei kritisiert. Die Autoren des Briefes bewerteten die Aufgabe der bisherigen Taktik einer Einheitsfront durch das EKKI und die Annahme der neuen Formel: Einheitsfront von unten sowie die Anerkennung des Mottos von der Arbeiter- und Bauernregierung als Synonym für die Diktatur des Proletariats als schädlich für die internationale kommunistische Bewegung. Im Teil über die Situation in der KPR brachten sie ihre Sorge über den sich ausweitenden Streit innerhalb der russischen Partei und über die von ihrer Führung, eigentlich von dem in ihr dominierenden Triumvirat Stalin, Sinowjew und Kamenew angewandten Methoden bei der Bekämpfung der Opposition, an deren Spitze Leo Trotzki stand, zum Ausdruck. Die Autoren des Briefes bezogen keine Position hinsichtlich des Streitgegenstandes, sie schlugen jedoch im Namen der die polnische und russische Partei einigenden Bande und auch aus der Befürchtung einer drohenden Spaltung in der KPR und in der Komintern vor, daß sich das nächste Plenum des EKKI mit diesem Konflikt befassen solle. Sie forderten vom ZK der KPR eine Erklärung darüber, daß der sich um die Revolution verdient gemacht habende Trotzki nicht aus der Führung dieser Partei und der Komintern ausgeschlossen werde.³⁶

Fraktionen

Das Vorgehen der KPP-Führung rief schon bald ein erstes Echo hervor. Im Zusammenhang mit dem Dezember-Brief sprach Stalin vor der Präsidiumssitzung des EKKI mit Lauer, Sinowjew mit Próchniak (5. Januar 1924). Sinowjew schlug dem KPP-Vertreter eine gemeinsame Klärung der aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten und ein Bündnisabkommen mit der Führung der polnischen Partei vor, gleichzeitig sprach er die Warnung aus, daß andernfalls eine scharfe Antwort auf den Dezember-Brief erfolgen werde. Próchniak hielt die in diesem Brief geäußerten Ansichten aufrecht und erklärte, daß die KPP-Führung nicht bereit sei, irgendeine Fraktion innerhalb der russischen Partei zu unterstützen, sondern die Auffassung der Mehrheit des ZK der KPR in organisatorischen Angelegenheiten akzeptieren werde. Wie aus der Korrespondenz mit den KPP-Funktionären in Warschau hervorgeht, vertraten auch Koszutska und Lauer eine ähnliche Meinung. Obwohl sie die Ansichten von Trotzki kritisch bewerteten, sprachen sie sich dafür aus, daß der Streit in eine sachliche Diskussion umgewandelt werden sollte. Trotz des Drucks blieben Próchniak und Lauer bei ihrer Einstellung. Auf der Präsidiumssitzung des EKKI nahmen sie dann die Haltung ein, die im Dezember-Brief formuliert worden war. Die polnischen Funktionäre wurden, wie sie selbst

36 Nowy Przegląd 1924-1925, Neue Auflage, Warschau 1959, S. 238-242; Gruda, Helena: Niektóre zagadnienia międzynarodowego ruchu komunistycznego, S. 44.

vorhersahen, von Sinowjew attackiert, der den Brief als ein Zeichen der fraktionellen Unterstützung für Trotzki ansah.³⁷

Auf den stürmischen Sitzungen des EKKI (8.-19. Januar), die den deutschen Angelegenheiten gewidmet waren, repräsentierten Próchniak und Lauer die KPP. Abgesehen von den Mitgliedern des EKKI nahmen auch Vertreter der bulgarischen Partei und Vertreter von drei Orientierungen in der KPD an den Sitzungen teil. Sinowjew unterstützte die Spitzenfunktionärin der Ultralinken in der deutschen Partei, Ruth Fischer, die die Ursachen für die Herbstniederlage 1923 in den fehlerhaften Einstellungen der "rechtsorientierten" KPD-Führung und in der Taktik der Einheitsfront ausmachte. Der Vorsitzende des EKKI vertrat gleichfalls die These, daß die Sozialdemokratie in Deutschland ein "Flügel des Faschismus" und der Hauptfeind der Kommunisten ist, die bekämpft werden muß, und daß die Einheitsfront "von unten" realisiert werden muß. In diesem Geiste wurde dann eine Resolution verabschiedet, für die auch Próchniak und Warski stimmten, obwohl sich beide bewußt waren, daß in der Komintern ultralinke und dogmatische Kräfte gewonnen hatten. Vermutlich haben sich beide zu diesem Schritt entschieden, um die Situation nicht zu verschärfen und um eine Isolation zu vermeiden. Schließlich kapitulierte auch die sog. Rechte in der KPD (Heinrich Brandler, Clara Zetkin, Jacob Walcher, Wilhelm Pieck).³⁸

In Anbetracht der Angriffe von Sinowjew auf die KPP-Führer im Zusammenhang mit ihrem Dezember-Brief gab Próchniak im EKKI (25. Januar) eine Erklärung im Namen der polnischen Delegation ab. In dieser Erklärung unterstützte er zwar die erwähnte Resolution des führenden Organs der Komintern, gleichzeitig aber bekräftigte er die im Dezember-Brief formulierte Haltung des ZK der KPP. Darüber hinaus wies er die von Radek vorgebrachten Anschuldigungen des Opportunismus als unrichtig und für die Autorität der Komintern schädlich zurück.³⁹

In der Zwischenzeit, d.h. nach dem 13. Kongreß der KPR, die die Haltung von Trotzki und seiner Anhänger als kleinbürgerliche Abweichung bewertete, ging die Antwort des ZK der russischen Partei auf den Dezember-Brief der KPP-Führung ein. Das vom 4. Februar 1924 datierte Dokument hatte der Generalsekretär der KPR, Stalin, unterschrieben. In diesem Schreiben warf er den polnischen Funktionären vor, den geplanten Schritt nicht vorher angekündigt zu haben, und wies ihre Kritik an der Haltung des EKKI in der deutschen Angelegenheit ab. Die polnischen Befürchtungen einer Spaltung innerhalb der KPR bewertete er als übertrieben. Stalin belehrte die KPP-Führer über die Rolle der Einzelperson in der Geschichte und warf ihnen zum Schluß vor, daß der Dezember-Brief eine Unterstützung der fraktionellen Tätigkeit Trozki darstelle.⁴⁰ Die Vertreter der Gruppe "4 W" waren anfäng-

37 AAN, KPP Mikrofilm 7281, Der Brief von Próchniak an das ZK der KPP vom 18.1.1924; Firsov, Friedrich/Jaźborowska, Inessa: *Miedzynarodówka Komunistyczna a Komunistyczna Partia Polski*, in: Maciszewski, Jarema (Hrsg.): *Tragedia Komunistycznej Partii Polski*, Warschau 1989, S. 19-21.

38 Die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationalen zur deutschen Frage, Januar 1924, Hamburg 1924; Gruda, Helena: *Niektóre zagadnienia miedzynarodowego ruchu komunistycznego*, S. 38ff; Volkov, S.: *Borba Kominterna protiv trockizma v period diskussi 1923/1924 v RKP (b)*, in: *Vestnik Moskovskogo Universiteta* 1975, Nr. 4, S. 5-10.

39 *Nowy Przegląd 1924-1925*, Neuaufgabe, S. 250-252; *Dva goda borba i raboty, Obzor dejatelnosti Ispolkoma*, S. 55-56.

40 Ebenda, S. 242-246.

lich der Meinung, daß auf den Brief von Stalin sofort geantwortet und ihre bisherige Haltung bestätigt werden sollte. Doch es trat ein Ereignis ein, das sie zur Verschiebung ihres Vorhabens bewegte.

Anfang Februar 1924 veröffentlichten vier KPP-Funktionäre (Stein-Domski, Leszczyński-Leński, Zofia Unszticht-Osińska und Ludwik Prentki), die sich in Berlin aufhielten, in der deutschen kommunistischen Presse politische Thesen, in denen sie die Führung der polnischen Partei angriffen. Die Autoren der Thesen, die als die "Berliner Vier" bezeichnet wurden, klagten die KPP-Führung des Opportunismus an und kritisierten die Beschlüsse des 2. Parteitages, besonders bezüglich der nationalen Frage und der Bauernfrage, sowie die Parteitaktik. Sie forderten die Einsetzung einer neuen KPP-Führung, deren Kern ausschließlich ehemalige SDKPiL-Funktionäre sein sollten. Die "Berliner Vier" sahen im Dezember-Brief des ZK der polnischen Partei den Beweis für die Unterstützung Trotzki's und für die "Rechte" in der KPD.⁴¹

Doch bereits im März verurteilte das Plenum des ZK der KPP die Thesen der "Berliner Vier", indem sie sie als Anzeichen von sektiererischen Tendenzen bewertete. Das Plenum bestätigte die Aktualität der Beschlüsse des 2. Parteitages als Handlungsrichtlinien und nahm auch zu Stalins Brief Stellung, wobei grundsätzlich die frühere Einstellung der KPP-Führung in der russischen und deutschen Angelegenheit aufrechterhalten wurde. Gleichzeitig wurde jedoch auch eingestanden, daß der Dezember-Brief gewisse Fehler beinhaltete. Darüber hinaus wurden die Auffassungen von Trotzki in organisatorischen Angelegenheiten kritisiert und seine Tätigkeit als fraktionell bewertet.⁴² Diese Beschlüsse unterstützte eine entschiedene Mehrheit der Kreiskomitees der KPP in Polen.

Die Oppositionellen gaben jedoch noch nicht auf. Sie mobilisierten ihre Anhänger unter den einflußreichen polnischen Kommunisten, die sich um das Polnische Büro beim ZK der KPR in Moskau scharten. Bereits seit über einem Jahr bestanden zwischen dieser Gruppe und der KPP-Führung gegensätzliche Meinungen bei der Interpretation der Programm- und taktischen Linie der Partei. Anfang Mai 1924 forderte sie den Rücktritt der "4 W" und ihrer Anhänger, weil sie über die Pläne von Sinowjew gut informiert waren, der das Führungsproblem in der polnischen Partei auf dem bevorstehenden Kominternkongreß zu thematisieren beabsichtigte. Einige von ihnen sagten sogar eine "chirurgische Operation auf dem Kominternkongreß" mit dem Ziel einer Veränderung der KPP-Führung voraus.⁴³

Die Opposition in der Partei verlagerte den internen Streit auf das Kominternforum, und die Atmosphäre in der Komintern, in der die ultralinken Tendenzen gesiegt hatten, begünstigte das Bestreben der "Berliner Vier". Die Führung des EKKI veränderte, während sie ihre umfangreichen Statutkompetenzen nutzte, noch vor dem neuen Kongreß den Kurs der Komintern, indem sie von den auf dem letzten Kongreß beschlossenen Richtlinien abwich. Es erfolgte eine weitere Verstärkung zentralistischer Tendenzen und eine Verschärfung der eigentümlich interpretierten Organisationsdisziplin in der Komintern, obwohl bereits früher die Funktionäre einiger kommunistischer Parteien dagegen protestiert hatten. Die ultralinke Wende in der Kominterntaktik und ihre Gleichschaltung erfolgten unter dem Druck von Si-

41 Głos Komunistyczny v. 26.6.1924, S. 1-5; Kolebacz, Bogdan: *Komunistyczna Partia Polski 1923-1929, Problemy ideologiczne*, Warschau 1984, S. 36-37.

42 *Nowy Przegląd 1924-1925*, Neuauflage, S. 246-249.

43 AAN, MK 151/VII-4/7, S. 42-43.

nowjew und von Stalin, der in dieser Zeit einen Kampf um die politische Nachfolge Lenins in der bolschewistischen Partei und im russischen Staat führte. Die polnischen Funktionäre aus der Gruppe "4 W", die mit der Kritik an autoritären Führungsmethoden in der russischen Partei durch Stalin und Sinowjew in der Komintern auftraten, erregten bei beiden Widerwillen, was aber nicht dazu führte, daß sie sich soweit einschüchtern ließen, ihre Ansichten in Diskussionen und in der Presse nicht mehr zu vertreten.⁴⁴

Inzwischen wurde in der Kominternführung bereits jede Kritik an den Ansichten Stalins und Sinowjews sowie an der Haltung des EKKI als Zeichen der Feindseligkeit gegenüber der bolschewistischen Partei, gegenüber dem russischen Staat und gegenüber der Komintern behandelt. Auch in anderen kommunistischen Parteien begannen ultralinke Funktionäre die Führung zu übernehmen.⁴⁵ Alles deutete also darauf hin, daß nun auch die KPP an der Reihe war, ihre Führung ändern zu müssen.

Zwischen dem 17. Juni und dem 8. August 1924 fand in Moskau der V. Kongreß der Komintern statt. An ihm nahmen 504 Delegierte teil, die 60 Parteien und Organisationen repräsentierten. Die KPP-Delegation zählte 20 Personen. Polen waren in den wichtigsten Kongreßkommissionen vertreten, z.B. politische Kommission (Walecki, Warski), Programmkommission (Warski, Koszutska, Lauer), Organisationskommission (Próchniak) und Agrarkommission (Koszutska, Walecki).

Die Kongreßbeschlüsse sahen einen baldigen Untergang des Kapitalismus voraus und bestimmten den Kurs der kommunistischen Bewegung für den unmittelbaren Kampf um die proletarische Diktatur. Auf Antrag von Sinowjew, der durch die Ultralinke mit Ruth Fischer und Amadeo Bordiga an der Spitze unterstützt wurde, aber entgegen den Vorbehalten, die von Clara Zetkin, Karl Radek und John T. Murphy angemeldet wurden, vollzog der Kongreß eine sektiererische Revision der bisherigen Politik der Einheitsfront. Dabei wurde die Möglichkeit ihrer Realisierung "von oben" ausgeschlossen und die Sozialdemokratie als linker Flügel des Faschismus benannt. Die Losung einer Arbeiter- und Bauernregierung wurde synonym für die Diktatur des Proletariats verwendet. Einen wichtigen Platz in den Diskussionen nahm die "Bolschewisierung" der kommunistischen Partei sowie die inneren Probleme einiger kommunistischer Parteien (italienische, schwedische, irische und vor allem polnische) ein.⁴⁶

Von Anfang an zeichnete sich auf dem Kongreß die Trennlinie in der KPP-Delegation ab: auf der einen Seite die Gruppe "4 W", d.h. Koszutska, Walecki, Warski und Próchniak, und auf der anderen Seite die "Berliner Vier" mit Leński an der Spitze, der formell der französischen Delegation angehörte, weil er das Kongreßmandat von der französischen Partei erhielt. Zu einer dritten Gruppe, zahlenmäßig die stärkste, gehörten vorwiegend Delegierte, die aus Polen kamen. Anfänglich unterstützten diese Delegierten die Gruppe "4 W", obwohl einige von ihnen, wie Franciszek Grzelszczak und Stanisław Mertens, bereits früher Kontakt mit den "Berliner Vier" aufgenommen hatten und auf dem Kongreß offen auf die andere Seite übergingen. Im Verlauf der Sitzungen folgte ihnen dann auch die Mehrheit der aus Polen

44 Vgl. Koszutska, Maria: *Pisma i przemówienia*, Bd. 2, Warschau 1961, S. 263-284.

45 Gruda, Helena: *Niektóre zagadnienia międzynarodowego ruchu komunistycznego*, S. 39-55; Gruber, Helmut: *Soviet Russia Masters the Comintern*, *International communism in the era of Stalin's ascendancy*, Garden City, N.Y. 1974, S. 10-13.

46 V Vsemirnyj kongress Kominterny, *Stenograiczeskij otchet*, Bd. 1-2, *passim*.

kommenden Delegierten, wobei sie dem Druck der "Berliner Vier", den Vertretern des EKKI und der russischen Partei erlagen. Im einzelnen wurden sie zu diesem Schritt von Unszlicht, Dzierżyński und auch von Stalin selbst bewogen. Auf diese Weise sahen sich die Vertreter der Gruppe "4 W", an deren Adresse bereits von Beginn an Unwillensbekundungen seitens der ultralinken Delegierten aus der französischen und deutschen Partei erfolgten, isoliert.

Auf den Plenarsitzungen des Kongresses kritisierte Sinowjew die Politik der KPP-Führer sowie ihre Haltung in den russischen und deutschen Angelegenheiten. Hierbei unterstrich er, daß die Fehler der Spitzen im ZK der polnischen Partei korrigiert werden müssen. Auf der Sitzung vom 24. Juni polemisierte Władysław Stein-Krajewski, ein KPP-Delegierter aus Polen, gegen diese Einschätzung. Er sah die gefällten Urteile gegen die polnische Partei und ihre Führung als übertrieben kritisch und ungerecht an. Im Gegensatz dazu bewertete der Führer der "Berliner Vier", Leński, in seiner Rede die Tätigkeit der KPP-Führung als opportunistisch und verlangte ihre Umbildung mit dem Ziel, den "gesunden Kern einer bolschewistischen und revolutionären Führung" in der Partei zu schaffen. Die Vertreter der Gruppe "4 W" meldeten sich während der Plenarsitzungen nicht zu Wort. Erst am 26. Juni gaben sie eine Erklärung ab, in der sie die Linie des von Sinowjew gehaltenen Referats annahmen, aber gleichzeitig gegen die Angriffe von Leński auf die polnischen kommunistischen Abgeordneten hinsichtlich ihres vermeintlichen Opportunismus protestierten. In dieser Erklärung kündigten sie dann auch Wortmeldungen zu den strittigen Punkten auf dem Forum der geplanten Spezialkommission an. Zwei Tage später gab die Mehrheit der polnischen Delegation, zweifelsohne als Folge des erwähnten Drucks, eine Gegenerklärung ab, in der sie die Gruppe "4 W" wegen fraktioneller Tätigkeit sowie wegen Verweigerung einer Stellungnahme in der deutschen und russischen Angelegenheit anklagten. Auf Antrag der politischen Kommission nahm der Kongreß einen Beschluß an, in dem, trotz der positiven Errungenschaften des 2. Parteitages der KPP, die Führung der polnischen Partei für ihren Mangel an revolutionärer Tätigkeit sowie für die Unterstützung der Rechten kritisiert wurde.⁴⁷

Auf dem Kongreß wurde auch eine polnische Kommission zur Untersuchung der Situation in der KPP gebildet. Der Vorsitzende dieser Kommission war Stalin, sein Stellvertreter Wjaczesław Molotow. Darüber hinaus gehörten dieser Kommission noch Felix Dzierżyński, Dimitri Manuilski sowie als ihre Stellvertreter die Vertreter einiger anderer Parteien als Mitglieder an.

Zwischen dem 1. und 3. Juli fanden drei Sitzungen der polnischen Kommission statt. Leński, der mit seinem Referat im Namen der "Berliner Vier" auftrat, stellte sich als Vertreter der bolschewistischen Opposition in der KPP dar. Er warf Koszutska, Walecki und Warski die Realisierung einer rechten und opportunistischen Politik vor und forderte ihre Entfernung aus der Parteiführung. Mertens klagte im Namen der Delegierten aus Polen die angesprochenen Führer wegen der von ihnen begangenen Fehler an, widersetzte sich aber ihrer Entfernung aus dem ZK der Partei. Warski erklärte in seinem Referat, daß der Grund für den Dezember-Brief das Bestreben war, die Einheit der russischen Partei aufrecht zu erhalten. Den Vorwurf einer Unterstützung Trotzki durch die "4 W" wies er als falsch zurück und entblöbte die schwachen Seiten der Phraseologie von Leński. Auch Koszutska wehrte sich ge-

47 Gruda, Helena: *Sprawa polska na V kongresie Międzynarodówki Komunistycznej*, in: *Z pola walki* 1962, Nr. 4, S. 40-53.

gen die Attacken seitens der "Berliner Vier", sie kritisierte auch die vom EKKI angewandten Methoden bei Führungsumbildungen innerhalb der einzelnen Parteien. Walecki unterzog die Haltung der polnischen Delegationsmitglieder einer Kritik, die auf dem Kongreß dem Druck unterlagen und ihre Haltung geändert hatten. Überaus kritisch beurteilte er das Programm und die Aktivitäten der ultralinken Opposition. Próchniak wurde zunächst von den Oppositionellen verschont, scheinbar mit der Absicht, ihn von den anderen Führungsmitgliedern zu isolieren. Als aber auch er eine unveränderte Position bezog, wurden er und die gesamte Gruppe "4 W" durch die Ultralinken aus der polnischen, französischen und der deutschen Partei scharf angegriffen.

Stalin führte in seiner Rede Beweise an, daß die revolutionäre Gesinnung jeder kommunistischen Partei an ihrer Haltung gegenüber dem ersten sozialistischen Staat, der Hochburg der Weltrevolution, sowie gegenüber den internen Problemen der russischen Partei gemessen wird. Er warf den KPP-Führern vor, daß sie "opportunistische Sünden" begangen und in ihrer Partei eine Filiale des Trotskismus und Brandlerismus geschaffen hatten. Er belehrte sie, worin das Wesen der Führung einer kommunistischen Partei liege, und letztendlich deutete er Veränderungen im ZK der polnischen Partei auf ihrem nächsten Parteitag oder auf der nächsten Konferenz an. Etwas später forderte er die sofortige Führungsumbildung.

Koszutska räumte in ihrer Abschlußrede zwar Mängel in der Tätigkeit der KPP-Führung ein, die infolge der räumlichen Trennung von Polen entstanden waren, aber sie wies die Vorwürfe Stalins als unbegründet zurück, indem sie grundsätzlich die früheren kritischen Ansichten hinsichtlich der Methoden beim Kampf mit der Opposition in der russischen Partei und hinsichtlich der Fehler wiederholte, die das EKKI in der deutschen Angelegenheit beging. Sie erinnerte daran, daß in der Antwort auf den kritischen Auftritt der "4 W" im Zusammenhang mit der Entscheidung des EKKI Sinowjew ihnen gedroht habe, daß "wir euch die Knochen brechen werden, wenn ihr versuchen werdet, gegen uns aufzutreten".⁴⁸ Koszutska erklärte zwar ihre Loyalität gegenüber den Disziplinierungsgrundsätzen, die in der Komintern herrschten, aber sie warnte davor, daß die größte Gefahr für die Kommunistische Internationale nicht die Meinungsverschiedenheiten unter den Funktionären seien, sondern der Bruch mit den Grundsätzen von der gedanklichen Selbständigkeit und vom Souveränitätsrecht der einzelnen Parteien. Ihre leidenschaftliche Rede konnte aber das Urteil der Kommission nicht ändern, bestätigte es im Gegenteil noch.

Die polnische Kommission nahm eine Resolution an, die im folgenden vom Plenum des EKKI (12. Juli) bestätigt wurde. In diesem Beschluß wurde die Linie der KPP-Führung verurteilt, der Opportunismus in der russischen und deutschen Angelegenheit vorgeworfen wurde. Noch vor Abschluß der Sitzungen des 5. Kongresses fand eine Sitzung der polnischen Delegation (5. Juli) statt, auf der gemäß der Forderung Stalins ein sogenanntes Außerordentliches Organisationsbüro geschaffen wurde, d.h. ein Provisorium des ZK der polnischen Partei. Dies war eine Art kommissarische KPP-Führung, in die zwar die Funktionäre der ultralinken "Berliner Vier" nicht aufgenommen wurden, in der aber Stein-Domski und Leński eine wichtige Rolle spielten.⁴⁹

48 Koszutska, Maria: Pisma i przemówienia, Bd. 2, S. 296.

49 Vgl. Gruda, Helena: Sprawa polska na V kongresie Międzynarodówki Komunistycznej, S. 47-59.

Koszutska, Walecki, Warski, Próchniak und Lauer wurden aus der Führung der polnischen Partei entfernt. Ihnen wurde auch eine Parteitätigkeit in Polen verboten. Am letzten Tag der Sitzungen (8. Juli) wurde zwar Próchniak in die internationale Kontrollkommission der KI gewählt, aber in der eingetretenen Situation hatte dies bereits keine große Bedeutung mehr. Er wurde nämlich schon vorher zur Rücknahme seiner Kandidatur bei den Wahlen zum EKKI gezwungen. An seiner Stelle wählte die polnische Partei Franciszek Grzelszczak-Grzegorzewski als Parteivertreter. Sein Stellvertreter wurde Wacław Bogucki.⁵⁰

Die Haltung der polnischen Funktionäre in der Führung der KPP, die das Recht zur Diskussion und die Grundsätze der Souveränität einzelner Parteien in der Komintern verteidigten, wurde von Stalin und Sinowjew als Herausforderung ihrer hegemonialen Position in der internationalen kommunistischen Bewegung angesehen. Zur Abrechnung mit der Gruppe "4 W" nutzten Stalin und Sinowjew die Fassade der Kommissionen der KI. Der oben geschilderte Fall war nicht der erste drastische Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedsparteien seitens der Komintern und auch nicht der letzte; schon bald sollten weitere Eingriffe folgen. Auch in der polnischen Partei kam es dazu. Die KPP wurde, ähnlich wie die anderen kommunistischen Parteien, einem immer ausgeprägteren Diktat seitens der Komintern-Führung ausgesetzt.

Übersetzung aus dem Polnischen von Peter Tokarski (Mannheim).

50 AAN, MK 151/III/12, S. 23; Kahan, Vilem: *The Communist International 1919-1943*, S. 165-166.